



Diekmann



Demonstrierende Allianz-Mitarbeiter (in Frankfurt am Main)

FRANK RUMPFENHORST / DPA

VERSICHERUNGEN

Weniger Stellenabbau bei Allianz?

Ein ergänzendes Konzept über den Stellenabbau hat der Allianz-Konzernbetriebsrat in den Verhandlungen mit dem Vorstand vorgelegt. Das von einer Unternehmensberatung erarbeitete Programm „Zielbetriebsmodell Plus“ halte „bis Ende 2008 nur den Abbau von 2139 Vollarbeitsplätzen für realistisch“, sagte der Frankfurter Betriebsratsvorsitzende Thomas Kroschwitz auf einer Betriebsversammlung vergangene Woche. Allianz-Chef Michael Diekmann will allein in der Sachversicherung 3300 Stellen streichen, ein Konzernsprecher konnte deshalb die Zahl des Betriebsrats „nicht nachvollziehen“. Der Betriebsrat

setze sich, so Kroschwitz, vor allem für den Verbleib der Krankenversicherung in Dortmund und der Lebensversicherung in Frankfurt am Main ein. Die in Leipzig geplante zentrale Kundenbetreuung solle zunächst für den Nordosten getestet und nicht für ganz Deutschland freigeschaltet werden. Neben einer zeitlichen Streckung der Maßnahmen strebt der Betriebsrat an, dass der bis Ende 2007 zugesagte Kündigungsschutz verlängert wird. „Wir sind da auf einem guten Weg“, sagte einer der Verhandlungsführer. Bis Ende November wollen sich Betriebsrat und Konzernführung einigen.

GEWERKSCHAFTEN

DGB plant Lohnkürzung

Zahlreiche Mitarbeiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) müssen mit drastischen Lohnkürzungen rechnen. Die Geschäftsführung des DGB Bildungswerks, zu der auch Hotel- und Veranstaltungsbetriebe gehören, will in diesen Betrieben Lohnkürzungen von 18 Prozent innerhalb von drei Jahren durchsetzen. Bereits im November 2004 erfolgte die Kündigung des Mantel- und Lohntarifvertrags, bislang ohne Einigung auf neue Tarife. Begründet wird die angestrebte Reduzierung mit der sinkenden finanziellen Zuwendung des DGB, rückläufigen Teilnehmerzahlen sowie steigenden Unterhaltskosten. Pikanter dabei: Der sonst so solidarisch auftretende DGB plant die Kürzungen lediglich für die gewerblichen Mitarbeiter. Setzt sich der DGB durch, gingen ihnen umgerechnet rund zwei



Sommer

Monatsgehälter pro Jahr verloren. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten forderte während der Tarifverhandlung Ende Oktober, die „problematische Situation“ könne „nicht nur auf Kosten derjenigen gelöst werden, die ohnehin die niedrigsten Einkommen“ hätten. Sollten die Forderungen der Arbeitgeber nicht erfüllt werden, droht der DGB bereits mit der „ultima ratio“, nämlich der Schließung einzelner Standorte sowie dem Outsourcing ganzer Abteilungen.

EINKOMMEN

Unterschiede nehmen zu

In den vergangenen zehn Jahren sind die Reichen in Deutschland deutlich reicher und die Armen deutlich ärmer geworden. Das geht aus einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Danach hat das ärmste Zehntel der Bundesbürger zwischen 1995 und 2005 rund fünf Prozent seines Anteils am Gesamteinkommen eingebüßt, das oberste Zehntel dagegen hat gut ein Prozent hinzugewonnen. Besonders dramatisch sind die Einkommensunterschiede in Ostdeutschland gewachsen. Während das untere Bevölkerungszehntel in den neuen Ländern fast 14 Prozent seiner Einkommensanteile verloren hat, ist das obere Zehntel um gut 5 Prozent wohlhabender geworden.